



# Luzerner Zeitung

Donnerstag, 9. März 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 57 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



**Bühnenreif**  
Der Erfolgsroman von  
Melinda Nadj Abonji  
am Luzerner Theater. 9

## CIA soll selbst Fernseher hacken

**Wikileaks** Die Enthüllungsplattform Wikileaks beschuldigt den US-Geheimdienst CIA, über ein massives Hacking-Arsenal zu verfügen. Wikileaks veröffentlichte knapp 8000 Dokumente, die von der CIA stammen und neue Methoden der Online-Kriegsführung enthüllen sollen. Zum Hacking-Arsenal gehören laut Wikileaks schädliche Viren und Trojaner.

Demnach können etwa iPhones, Android-betriebene Geräte oder Windows-Computer ausspioniert, Fernseher als Wanzen missbraucht werden, und Agenten können in Bordcomputer von Autos einbrechen. IT-Forensiker Guido Rudolphi warnt seit Jahren davor, dass US-Nachrichtendienste auf unsere Geräte und Daten zugreifen. Im Interview plädiert er für elektronikfreie Räume: «Das ist die Konsequenz», sagt er. (red/sda) 3

## Neues Team soll Kasse aufbessern

**Staatsanwaltschaft** Betrugsfälle, Urkundenfälschungen und andere Wirtschaftsdelikte: Dafür hat die Luzerner Staatsanwaltschaft seit Juli 2016 eine eigene Abteilung. Darin gibt es auch ein Team aus drei Staatsanwälten, das Fälle nach zusätzlichen Einnahmehöglichkeiten durchforstet: vom beschlagnahmten Raserauto bis zu unterschlagenen Geldwerten. Das gab die Staatsanwaltschaft gestern anlässlich der Konferenz zum Jahresbericht 2016 bekannt.

Darüber hinaus wurden die aktuellsten Zahlen publiziert. Demnach sind letztes Jahr bei der Staatsanwaltschaft knapp 50 000 Fälle eingegangen – 0,5 Prozent weniger als 2015. Während bei den Erwachsenen weniger Gewaltdelikte registriert wurden, gibt es bei den 10- bis 18-Jährigen ein leichtes Plus. Vor allem Tälichkeiten werden öfters zur Anzeige gebracht. (avd) 19

ANZEIGE

## Gibt es Risiken bei Zahnimplantaten?

Wichtig ist die Vermeidung von Risikofaktoren. Fachmännisch gesetzt, können Implantate lebenslang halten.

Winkelriedstrasse 37  
6003 Luzern  
Tel 041 210 58 58  
www.ztl.ch



# Türkei provoziert mit Rede

**Propaganda** Aussenminister Mevlüt Cavusoglu plant, am Sonntag in Zürich für die neue türkische Verfassung zu werben. Der Kanton will den Anlass untersagen.

Der Bund und der Kanton Zürich prüfen, ob sie einen Auftritt des türkischen Aussenministers Mevlüt Cavusoglu in einem Hotel am Zürcher Flughafen untersagen wollen. Cavusoglu hat vor, am Sonntag an einem Anlass der Regierungspartei AKP für die Revision der türkischen Staatsverfassung zu werben. Das wurde gestern durch Hinweise auf die Veranstaltung im Internet publik.

In Deutschland waren in den vergangenen Tagen mehrere solcher Anlässe aus Sicherheitsgründen verboten worden. Der Zürcher Regierungsrat fordert in einem Brief den Bundesrat dazu auf, «geeignete Massnahmen zu treffen, um die Veranstaltung ab-



Der türkische Aussenminister Mevlüt Cavusoglu will auch in der Schweiz auftreten. Bild: EPA

zusagen». Ob der Bund diesem Wunsch nachkommen wird, prüft er derzeit, wie das Aussendepartement mitteilt: «Bundesrat Burkhalter hat die auf Bundesebene für Sicherheitsfragen zuständigen Dienste um eine Analyse der Situation gebeten.» Auf dieser Basis werde über die weiteren Schritte entschieden.

Im Parlament werden Rufe laut, die Veranstaltung zu verhindern. So sagt Roland Büchel, St. Galler SVP-Nationalrat und Präsident der Aussenpolitischen Kommission: «Beim Auftritt des türkischen Aussenministers geht es um Staatspropaganda, nicht um die freie Meinungsäusserung.» CVP-Aussenpolitikerin

Kathy Riklin sagt, es gebe genügend Ansatzpunkte, um den Anlass zu untersagen. Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller sagt, solche Anlässe seien in der Schweiz fehl am Platz, und weist auf Bedenken hin: «Wenn die Sicherheit nicht gewährleistet werden kann, muss man die Veranstaltung unterbinden.»

Das wäre jedoch ein Fehler, warnt die grüne Basler Nationalrätin Sibel Arslan. «Es wäre falsch, den Auftritt Cavusoglus zu verbieten. Das würde ihm nur in die Hände spielen.» Auch die Verbote in Deutschland habe die türkische Regierung zu ihren Gunsten umgenutzt. (ffe, mjb) Kommentar 6. Spalte 7

Kommentar

## Im Zweifel für das freie Wort

**Gäste kann man sich manchmal nicht aussuchen.** Kaum jemand wäre wohl auf die Idee gekommen, den türkischen Aussenminister Mevlüt Cavusoglu in die Schweiz einzuladen – glühende Anhänger seiner Partei AKP und des türkischen Präsidenten Erdogan einmal ausgenommen.

Nur: Cavusoglu hat nicht auf eine offizielle Einladung gewartet. Er will einfach kommen und in Zürich eine Rede halten. Es ist dies gewiss eine Provokation, eine Falle. Und wie schon deutsche Behörden zuvor ist auch die Zürcher Regierung prompt hineingetappt. Man habe Sicherheitsbedenken, verkündete diese gestern. Der Bund möge verhindern, dass Cavusoglu in Zürich spricht.

Damit hat der Gefolgsmann Erdogans sein Ziel bereits erreicht und maximale Aufmerksamkeit für seine Sache erzielt. Zudem wird – sollte er wirklich nicht kommen können – die Türkei genüsslich darauf hinweisen, dass auch die Schweiz zwar nicht müde wird, die Meinungsäusserungsfreiheit anzumahnen, diese aber für einen türkischen Minister bescheidet. «Nazi-Methoden» nannte das Erdogan im Falle Deutschlands. Die Schweiz hätte mit ähnlich unschmeichelfhaften Vergleichen zu rechnen.

Die Sicherheitsbedenken der Zürcher Regierung mögen echt sein. Doch wenn Zürich, wenn unser Land einen Minister nicht mehr schützen können will, dann stellen sich grundsätzliche Fragen. «Ich werde Ihre Meinung bis an mein Lebensende bekämpfen, aber ich werde mich mit allen Kräften dafür einsetzen, dass Sie sie haben und aussprechen dürfen» lautet ein Zitat, das oft Voltaire zugeschrieben wird. Er war kein Zürcher.



Pascal Hollenstein  
pascal.hollenstein@luzernerzeitung.ch

## Lehrlinge schnuppern Kaderluft

**Berufsbildung** In der Luzerner Autobahnraststätte in Neuenkirch kam es gestern zum Rollentausch: Im Marché-Restaurant hatten für einmal angehende Berufsleute das Sagen. Grund dafür war der Lehrlingstag, den die Marché Restaurants Schweiz AG zum zweiten Mal organisiert hat. In Eigenregie führten 18 künftige Systemgastronomen und KV-Absolventen jenen Betrieb, der täglich bis zu 1000 Gäste anzieht.

Rund 300 ganze Mahlzeiten gehen in Neuenkirch pro Tag über die Theke. Beim Bezahlen wurden die Gäste gestern von Arthiha Thatheeskumar begrüsst. Die 17-Jährige, die sonst im «Marché Heidiland» in Maienfeld tätig ist, stand erstmals an der Kasse. Zum Experiment sagt «Marché»-Geschäftsführerin Helene Jäger: «Für die Mitarbeiter im dritten Lehrjahr ist es die Hauptprobe vor der Abschlussprüfung, für die anderen ein Vorgeschmack darauf, was sie nach der Lehre erwartet.»

### Im Sommer schliesst der zweite Jahrgang ab

Die Ausbildung zum Systemgastronomen gibt es erst seit 2013. Im Sommer schliesst der zweite Jahrgang ab. Das Know-how dieser Berufsleute ist breit: Es reicht von der Zubereitung einer Cremeschnitte über das Austüfteln neuer Rezepte bis hin zum Erstellen von Einsatzplänen und Preiskalkulationen. (fi) 22



Arthiha Thatheeskumar kassiert im Marché-Restaurant ein.

Bild: Boris Bürgisser (Neuenkirch, 8. März 2017)



# Deutschlands Türken sind angespannt

**Politik** Der türkische Präsident Erdogan sucht die Spannungen mit Deutschland, um die 1,4 Millionen Wahlberechtigten für sich zu gewinnen. Die Atmosphäre in der türkischen Gemeinde in Berlin ist aufgeheizt. Wer gegen Erdogan ist, wird als Terrorist beschimpft.

Christoph Reichmuth, Berlin

Es ist kurz vor 13 Uhr, das Mittagsgebet in der Omar-Moschee in Berlin-Kreuzberg ist vorüber, einige Dutzend vorwiegend ältere Herren treten hinaus auf die Wienerstrasse. Man unterhält sich noch, einige rauchen eine Zigarette. Über Erdogan reden will fast niemand. «Erdogan gut», sagt ein Moscheebesucher, lächelt und geht weiter. «Die Leute hier in Deutschland verstehen Erdogan nicht», sagt ein anderer in gebrochenem Deutsch. Dann erzählt der etwa 70 Jahre alte Mann vom Putsch im Juli in der Türkei, er spricht von Terroristen, die das Land in den Abgrund zu ziehen versuchten. Viele der Putschisten seien nach Deutschland geflüchtet. «Deutschland schützt die Terroristen», meint er. Und: «Erdogan ist der richtige Mann. Die Welt soll aufhören, sich in die türkischen Angelegenheiten einzumischen.»

Der Frühling tut sich in Berlin noch schwer an diesem Mittwochmittag. Nur kurz bahnen sich Sonnenstrahlen durch die dichte Wolkendecke, der Wind bläst unfreundlich und rau, die Temperaturen sind tief. An allen Ecken stehen türkische Imbissbuden und Dönerstände, beim Kottbusser Tor bieten Türken allerlei Gemüse feil. In dem Westberliner Bezirk Kreuzberg wohnen Tausende von türkischen Zuwanderern und Türkischstämmigen. Viele von ihnen sind hier in Berlin aufgewachsen oder wohnen schon seit Jahrzehnten in der deutschen Hauptstadt. Etwa 3 Millionen ethnische Türken leben in Deutschland, alleine 200 000 in Berlin.

Die Ereignisse der letzten Monate, vor allem der gescheiterte Militärputsch und die nun im April anstehende Abstimmung über Erdogans Präsidentsystem, haben für eine angespannte Stimmung in der türkischen Gemeinde gesorgt. Es gibt nur Schwarz und Weiss, es gibt nur die Anhänger von Präsident Recep Tayyip Erdogan und seine Gegner. «Ein Dazwischen existiert nicht. Wer sich nicht eindeutig zu Erdogan bekennt, der gilt als Gegner der Türkei, als Terrorist», sagt Kazim Erdogan. Der 64-jährige Türke lebt seit 43 Jahren in Deutschland. Im Bezirk Neukölln, in dem über 40 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund haben, steht er dem Integrationsverein «Aufbruch Neukölln» vor. «Das anstehende Referendum in der Türkei hat die Atmosphäre weiter angeheizt. Viele Türken haben Angst, ihre Meinung offen zu sagen», erzählt der Psychologe. «Ich kenne viele, die unter Angstzuständen leiden.» Mangelnde Integration vie-



In Berlin warten Türken auf die Ankunft des türkischen Aussenministers Mevlüt Cavusoglu.

Bild: Cem Ozdel/Anadolu Agency (Berlin, 7. März 2017)

ler Türken sei mitverantwortlich, dass Präsident Erdogan mit seinen nationalistischen Tönen auf so viel Resonanz bei Türken in Deutschland stosse, sagt Kazim Erdogan. Etwa 60 Prozent der deutschlandweit 1,4 Millionen wahlberechtigten Türken haben bei den letzten Wahlen für die AKP von Präsident Erdogan votiert. «Deutschland hat sich zu wenig um die türkischen Gastarbeiter gekümmert. Es existieren Parallelgesellschaften. So wurden viele Türken in Deutschland in die Arme der türkischen Regierung getrieben.»

## Drohanrufe wegen regierungskritischer Haltung

Präsident Erdogan und seine Entourage wissen um die Bedeutung der Stimmen der türkischen Gemeinde in Deutschland. Mit ihren umstrittenen und zuletzt

teilweise verbotenen Wahlkampfauftritten spielen die türkischen Politiker auf die teilweise verletzten Gefühle ihrer Landsleute an, die sich von der Gesellschaft nicht anerkannt fühlen. Die aufgeheizte Stimmung, die provokativen Töne der Politiker, die Anschuldigungen gegenüber Deutschland, der Nazi-Vorwurf – mit dieser Strategie gelinge es der türkischen Regierung, viele Deutsch-Türken auf ihre Seite zu ziehen. «Die Menschen sind ob solcher Aussagen und der aufgeladenen Atmosphäre verwirrt», sagt Kazim Erdogan, der wegen seiner regierungskritischen Haltung wöchentlich Hassmails und anonyme Drohanrufe erhält. Viele Türken in Deutschland glaubten, durch die Regierung Erdogan erhielten sie endlich jene Anerkennung, die ihnen in Deutschland bislang verwehrt blieb.

Nahe der U-Bahn-Station Schlesisches Tor betreibt Ali Birsin mit seiner kurdischen Frau Günes einen Imbissladen. 90 Prozent seiner Kunden seien Touristen oder Deutsche. «Die Türken kaufen nicht bei mir», sagt der gebürtige Türke. Die Leute in der Umgebung wüssten, dass er vor einer «faschistischen Diktatur» in der Türkei warne, sollte Erdogan die Abstimmung gewinnen. «Meine Freunde in der Türkei wagen es nicht mehr, offen ihre Meinung zu sagen oder gegen Erdogan zu demonstrieren. Sie haben Angst, als Terroristen in Gefängnisse gesteckt zu werden», sagt der etwa 50-Jährige, der seit 18 Jahren in Berlin lebt. Er selbst fürchtet sich nicht vor AKP-Anhängern, manchmal werde er beschimpft, Gewalt sei ihm nie widerfahren. Für Erdogan votierten schlecht gebildete Menschen, sagt er. «Erdogan profitiert davon, dass viele

gar nicht stimmen gehen. Er hat kein Interesse daran, dass die Türken gut gebildet und aufgeklärt sind, es würde seine Macht gefährden.» Der gläubige Muslim geht gerne in die Moschee, aber auf politische Diskussionen dort lässt er sich nicht ein. «Viele Imame sind politische Botschafter Erdogans. Sie reden den Moscheebesuchern ein, sie müssten zum Schutz ihrer Religion für die Politik von Erdogan stimmen.» Birsin sorgt sich um sein Heimatland. «Die Gesellschaft ist gespalten, es droht ein Bürgerkrieg. Der Westen muss Druck ausüben auf Erdogan.» Doch auch die westliche Haltung sei scheinheilig. Europa versorge die Kriegsparteien mit Waffen und bezahle Erdogan, damit dieser die Flüchtlinge zurückhalte. «Die Kriege müssen beendet werden, damit sich auch in der Türkei etwas ändern kann.»

## Gabriel: «Auseinandersetzungen dürfen nicht importiert werden»

**Deutschland** Wahlkampfauftritte türkischer Politiker sorgten zuletzt in Deutschland für diplomatische Spannungen. Auftritte türkischer Politiker in Baden-Württemberg und Hamburg wurden von den zuständigen Kommunen verhindert, der türkische Präsident Erdogan warf der deutschen Politik darauf hin «Nazi-Praktiken» vor, was in Berlin zu empörenden Reaktionen führte. Gestern traf sich der türkische Aussenminister Mevlüt Cavusoglu mit SPD-Aussenminister Sigmar Gabriel in Berlin. Gabriel, der nach der Unterredung alleine vor die Presse trat, sagte, er habe seinem türkischen Gesprächspartner deutlich gemacht, dass sich Vergleiche mit der Nazi-Zeit in Deutschland verbieten würden. Er rief zur Beilegung des Konflikts auf. «Was immer wir an politischen Differenzen haben, wir dürfen es nicht zulassen, dass politische Auseinandersetzungen

aus der Türkei nach Deutschland importiert werden.» Cavusoglu äusserte sich später am Rande der Internationalen Tourismus-Messe in Berlin. Die Unterredung wird von beiden Seiten als friedlich und konstruktiv bezeichnet. «Wir müssen die feindliche Haltung beenden», zeigte sich der türkische Aussenminister gemässigt. Hinter der deutschen Kritik an der Türkei vermutet Cavusoglu hingegen antiislamische Gefühle.

## Erdogan plant Auftritt in Europa

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan plant nach eigenen Angaben einen baldigen Auftritt in Europa – noch bevor Mitte April über das umstrittene Präsidentsystem abgestimmt wird. Details nannte er in einem gestern Abend live ausgestrahlten Interview im staatlichen Sender TRT nicht. (crb, red)

## Regierungspropaganda in Zürich

**Schweiz-Besuch** Roland Büchel nervt sich. «Die türkischen Politiker hintergehen uns immer wieder», sagt der Präsident der ausserpolitischen Kommission des Nationalrats. So auch beim für Sonntag geplanten Besuch des türkischen Aussenministers Mevlüt Cavusoglu in Zürich. Offiziell angekündigt waren Treffen des Regierungsvertreters mit seinen hier stationierten Diplomaten.

Doch gestern tauchten im Internet Hinweise auf zu einem «Treffen mit dem Volk im Umfeld der Abstimmung». Dabei geht es um eine neue Verfassung für die Türkei, mit der Präsident Recep Tayyip Erdogan seine Macht markant ausbauen würde. Cavusoglu will den Türken in der Schweiz nahelegen: «Wir sagen entschieden Ja», wie es neben seinem Konterfei auf dem Flyer für den Anlass der Regierungspartei AKP heisst. Geplant ist der Auftritt Cavusoglus in einem Hotel am Flughafen Zürich. SVP-

Aussenpolitiker Büchel fordert, der Anlass müsse verboten werden: «Beim Auftritt des türkischen Aussenministers geht es um Staatspropaganda, nicht um die freie Meinungsäusserung.» In den letzten Tagen hatten mehrere Städte in Deutschland und den Niederlanden den Auftritt türkischer Minister untersagt. Sie führten jeweils Sicherheitsbedenken oder nicht vorhandene Bewilligungen an. Ein Anlass mit Tausenden Anhängern ist zwar in Zürich nicht vorgesehen, der grösste Saal in dem Hotel fasst 250 Personen. Dennoch äusserte der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr in einem Brief an die Bundesräte Simonetta Sommaruga und Didier Burkhalter Bedenken, die Sicherheit gewährleisten zu können. Er bat den Bund, Massnahmen zu prüfen, damit der Anlass abgesagt werden könnte. Das Aussendepartement prüft nun die Ausgangslage. Diese Klärung sei nötig, sagt der Aussenpolitiker

Damian Müller (FDP/LU): «Wahlkampfauftritte von ausländischen Regierungen sind in der Schweiz fehl am Platz. Das muss man verhindern.»

## Türkische Diplomaten bitten um Asyl in der Schweiz

Zu diplomatischen Spannungen zwischen der Schweiz und der Türkei könnte indes beitragen, dass mehrere türkische Staatsangehörige mit Diplomatenpässen die Schweiz um Asyl ersucht haben. Laut einem Bericht, den der «Tages-Anzeiger» gestern Abend online veröffentlichte, befindet sich unter den Gesuchstellern der türkische Vizebotschafter in Bern, Volkan Karagöz. Ihm werden Verbindungen zur angeblichen Terrororganisation des Predigers Fethullah Gülen vorgeworfen. Einer Rückbeorderung nach Ankara hat er sich widersetzt und für sich und seine Familie ein Asylgesuch eingereicht. (ffe, mjb, red)